



Fotos: hlz / Gierlich

Ohne Druck von der Straße läuft gar nichts – Occupy-Bewegte am 15.10. auf dem Rathausmarkt

Endlich die Richtigen in der Krise belasten

Schluss mit dem neoliberalen System. Heinz J. Bontrup verlangt einen starken Staat zur Demokratisierung der Wirtschaft

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise belastet nicht die Vermögenden, sondern die, die schon vor der Krise die Umverteilungsverlierer waren. Dazu gehören auch die öffentlich Bediensteten. Weitere Kürzungen im Staatssektor stehen vor dem Hintergrund der krisenbedingt angestiegenen Staatsverschuldung an. Auch die Lehrer und Lehrerinnen in Hamburg sind von Kürzungen ihrer Einkommen und durch verschlechterte Arbeitsbedingungen betroffen. Dies ist eine zynische Fortset-

zung neoliberaler Politik, die die Welt an den Rand des Abgrunds geführt hat. Der folgende Beitrag klärt auf.

Die Krisenursache

Die Ursache der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wird nur von wenigen aufgezeigt und kritisiert. Die weiter herrschende neoliberale Politik verschweigt die wahre Ursache und mystifiziert die Krise. Ursache ist nicht die Immobilienkrise in den USA, sie war nur der Auslöser, und Ursache ist auch

nicht eine überbordende Staatsverschuldung oder über ihre Verhältnisse lebende Griechen, Portugiesen oder Iren. Verursacht haben die schlimmste Krise des Kapitalismus seit den 80er Jah-



„Gerechter Lohn“? Heute ist das schon eine Systemfrage

ren ebenso nicht die „Bankster“ (Roosevelt). Sie waren nur die personifizierte Erfüllungsgelhilfen des Kapitals. Die wahre Krisenursache ist vielmehr eine von den politisch Herrschenden, in Allianz mit den Geldmächtigen (Plutokraten) der Welt intendierte gigantische *Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitz-einkommen*. Weltweit verfielen unter dem seit etwa Mitte der 1970er Jahre praktizierten Neoliberalismus die Lohnquoten und in Folge stiegen die Gewinnquoten sowie damit letztlich auch die Profitraten, der Gewinn auf das eingesetzte Eigenkapital. Zweistellig sollten sie sein, die Eigenkapitalrenditen für die Shareholder. Diese Forderung gilt immer noch.

In Deutschland kam es dabei sogar zu einer *doppelten Umverteilung*: In der primären Verteilung der Markteinkommen bezogen auf die arbeitsteilig geschaffenen Wertschöpfungen und in der Sekundärverteilung durch eine entsprechende Steuer- und Sozialpolitik. Bei der primären Verteilung ging in Deutschland von 1991 bis 2010 die Brutto-Lohnquote von 71,0 v.H. auf 66,3 v.H. zu Gunsten der Brutto-Gewinnquote zurück. Auf Basis der Brutto-Lohnquote von 1993 haben die abhängig Beschäftigten von 1991 bis 2010 über 1,1 Billionen Euro an Bruttoeinkommen verloren. Es fand aber nicht nur eine Brutto-, sondern auch eine Nettoumverteilung – nach Steuern und Sozialabgaben – der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung zu Gunsten der Kapital- und Geldvermögensbesitzer statt. Auch dies wurde mit Hilfe neoliberaler Politik durchgesetzt. So ging im Ergebnis in Deutschland die Netto-Lohnquote von 1991 bis 2010 (1. Halbjahr) von 40,3 v.H. auf 34,0 v.H. zurück.

Aus Einkommen entsteht

Ersparnis und Vermögen. Das Nettovermögen (Vermögen nach Abzug aller Schulden) der privaten Haushalte belief sich 2009 in Deutschland auf 9.700 Mrd. Euro. Dazu zählen das Geldvermögen, Immobilien und das Produktivkapital (Sachvermögen). Nur das Nettogeldvermögen betrug 2010 knapp 3.400 Mrd. Euro. Dabei ist das Vermögen aber stark ungleich verteilt. Nach Erhebungen aus dem Jahr 2007 besitzen die reichsten 30 v.H. der Deutschen (älter als 17 Jahre) über 90 v.H. des Vermögens, und die reichsten 10 v.H. über

flügel leisten, 16 v.H. nicht immer eine warme Wohnung“ (ver. di Wirtschaftspolitik 2011, S. 1).

Diese völlig ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen und damit von Lebensmöglichkeiten und -chancen, mehr oder weniger in allen Volkswirtschaften der Welt gegeben, haben in Deutschland zu Wachstums- und Investitionsrückgängen und zu katastrophalen Arbeitsmarktergebnissen geführt. Auf der einen Seite konnten viele Menschen nicht mehr konsumieren und auf der anderen Seite wussten



Schlanker Staat? – Nicht mit uns!

60 v.H. des Gesamtvermögens. Dennoch werden die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und die Einführung adäquater Erbschaftsteuersätze von den herrschenden neoliberalen Kräften im Land vehement verweigert. Und auf der anderen Seite sind mittlerweile in Deutschland 16 v.H. der Menschen „armutsgefährdet“, d.h. sie haben weniger als 930 Euro im Monat für ihre gesamte Reproduktion mit Subsistenzmitteln. „Viele können selbst davon nur träumen. Knapp ein Drittel von ihnen kann sich nicht einmal jeden zweiten Tag eine richtige Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder Ge-

die Reichen nicht wohin mit ihrem Geld. Die Überschüsse, die „räuberische Ersparnis“, wie der britische Ökonom John Maynard Keynes sie nannte, wurden auf die Finanzmärkte gespült und das Finanzkapital dadurch immer mächtiger. Neben der Umverteilung der Einkommen und Vermögen von unten nach oben haben zusätzlich noch Privatisierungen der gesetzlichen Rentenversicherungssysteme durch Kapitaldeckungsverfahren zu einer Aufwertung des Finanzkapitals beigetragen. In Deutschland durch die sogenannte „Riesterrente“. Das Regime der institutionellen Finanzinvestoren

fürte sogar „zur Umkehrung des traditionellen Verständnisses von Kontrakt- und Residualeinkommen. Die Investoren reklamieren die Gewinne gemäß den vorher festgelegten Zielgrößen für sich als Kontrakteinkommen; die Arbeitseinkommen dagegen werden zu Residualeinkommen. Die Arbeitenden bekommen nur noch, was übrigbleibt, nachdem die Investoren ihre Forderungen befriedigt haben“. In der jetzt ablaufenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise verschärfte sich dabei noch die Umverteilung, die die Neoliberalen mit Hilfe von *Staatsverschuldung* zu Gunsten der Reichen weiter betreiben wollen.

Kursorische Bestandsaufnahme zur Staatsverschuldung

Nur in ganz wenigen Jahren hat es in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg einen gesamtwirtschaftlichen Haushaltsüberschuss gegeben. Schon immer musste der Staat ausfallende private Nachfrage durch kreditfinanzierte staatliche Nachfrage ersetzen und auch für vom kapitalistischen System produzierte Arbeitslosigkeit aufkommen. Das Kapital externalisiert so das unternehmerische Risiko. Aber noch nie musste der Staat so in die Bresche springen, wie in der jetzigen Krise. Weltweit wurden auf Pump in keynesianischer Manier gigantische Konjunkturprogramme aufgelegt und die Notenbanken senkten drastisch die Zinsen. Dies alles deshalb, weil die Geldmächigen für die Krise in Form eines Kapitalschnitts nicht zahlen wollten und weil ansonsten die „kapitalistische Kernschmelze“ drohte. So musste allein in Deutschland der Staat in den Jahren 2009 und 2010 154,7 Mrd. Euro zusätzliche Kredite aufnehmen. Seit der Wiedervereinigung von 1991

bis 2010 verschuldeten sich die Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden plus Sozialversicherungshaushalte) um 958,9 Mrd. Euro (jahresdurchschnittlich waren dies 47,9 Mrd. Euro; vgl. Tab.). Mit der 2009 ins Grundgesetz geschriebenen „Schuldenbremse“ sollen



„Nicht ‚wir...“

künftig aber nur maximal noch 8 bis 10 Mrd. Euro an Nettoverschuldung möglich sein. Wie das gehen soll, ist noch das Geheimnis neoliberaler Politiker und Ökonomen. Wir dürfen hier alle gespannt sein.

Ende 2010 betrug der absolute Schuldenstand des Staates in Deutschland fast 2.080 Mrd. Euro. Der relative Schuldenstand, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, die Schuldenquote, belief sich 2010 in der „Maastricht-Abgrenzung“ auf 83,2 v.H. Vor der Wiedervereinigung lag die Quote noch bei 40,4 v.H. Für den aufgelaufenen Schuldenstand waren allein im Jahr 2010 gut 61,0 Mrd. Euro Zinsen zu zahlen. Das gesamte Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuer, Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer lag dabei 2010 nur bei 69,1

Mrd. Euro, also nur 8,1 Mrd. Euro darüber. Hier manifestiert sich Folgendes: Die Einkommensreichen und Vermögenden leihen dem Staat ihre durch die primäre Brutto-Umverteilung realisierte „räuberische Ersparnis“ und erhalten hierfür Zinsen, ohne dafür selbst noch Arbeit leisten zu müssen. Gleichzeitig besteuert die neoliberal herrschende und mit den Geldmächtigen verbandelte Politik das Brutto-Einkommen und Vermögen so gering, dass die privaten Geldgeber zusätzlich dem Staat ihre nicht gezahlten Steuern als weiteren Kredit geben können und darauf noch einmal Zinsen erhalten. So werden die Plutokraten reicher und reicher, und der Staat muss sich immer mehr verschulden. Es kommt zu einer öffentlichen Armut.

Der Staat ist in Deutschland chronisch unterfinanziert

So ist es wenig erstaunlich, dass der Staat in Deutschland chronisch unterfinanziert ist. Die sukzessive neoliberale „Entstaatlichung“ (Peter Bofinger) hat die gesamtwirtschaftliche Steuerquote auf nur noch 22,5 v.H. im Jahr 2010 abgesenkt. Mit derart niedrigen Steuern bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt können in inhärent instabilen und nie gerechten marktwirtschaftlichen Ordnungen wichtige Staatstätigkeiten, von dem bekannten Finanzwissenschaftler Richard A. Musgrave in drei Zielbereiche (Allokation, Distribution und Stabilisierung) gegliedert, nicht adäquat geleistet werden. Der mittlerweile „abgemagerte Staat“ liegt in diesem Kontext mit seiner Staatsquote schon heute deutlich unter dem Durchschnitt des Euroraums. „Konkret gibt der deutsche Staat rund 60 Milliarden Euro jährlich weniger aus bei einer dem Durchschnitt der Mitgliedsländer des

Gehaltsklau - Nein danke



Euroraums entsprechenden Staatsquote“. In Dänemark stehen beispielsweise „pro Bürger fast 70 Prozent mehr öffentliche Mittel zur Verfügung als in Deutschland“. Auch die öffentlichen Personalausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt sind in keinem Vergleichsland so niedrig wie in Deutschland. Die Einnahmen des Staates in Form von Steuern und Sozialabgaben reichen dennoch – auch nach vielfältigen Privatisierungen öffentlichen Eigentums – zur Deckung der Staatsausgaben nicht aus. In Folge musste der Staat sich verschulden. Neben den bekannten Ursachen für die Staatsverschuldung (Wiedervereinigung und Massenar-



„...haben über unsere Verhältnisse gelebt, ...“

beitslosigkeit) ist jetzt noch auf der Ausgabenseite die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hinzugekommen. Aber auch auf der Einnahmenseite des Staatskontos schlägt die Krise durch einen Wachstumseinbruch kräftig durch. Krisenunabhängig kommen seit 2000 durch steuerrechtliche Veränderungen (insbesondere durch die Absenkung der Spitzensteuersätze) massive Steuerausfälle dazu. „Insgesamt hat die öffentliche Hand seit dem

Jahr 2000 durch Steuerrechtsänderungen, die insbesondere reiche Haushalte und den Unternehmenssektor begünstigten, in der Summe auf Einnahmen in Höhe von annähernd 400 Milliarden Euro verzichtet. Ohne diese Steuermindereinnahmen wären die Staatsverschuldung und die damit verbundenen Zinszahlungen deutlich geringer ausgefallen, und die öffentliche Hand hätte erheblich mehr Mittel für dringend erforderliche Ausgabensteigerungen in den Bereichen öffentliche Investitionen sowie Erziehung und Bildung aufwenden können“ (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 2011). Neben den politisch veranlassten und zu verantwortenden Steuermindereinnahmen kommt es außerdem noch zu massiven Steuerhinterziehungen in Deutschland. Laut Finanzexperten und auch in Dokumenten der Bundesregierung wird allein hierdurch der Steuerausfall auf rund 100 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt.

Jetzt soll aber Schluss gemacht werden mit der ewigen Staatsverschuldung. Aber keine Sorge. Die herrschende neoliberale Politik sorgt schon dafür, dass die Plünderung des Staates zu Gunsten der Geldmächtigen weitergeht. Schließlich sollen nicht die Einkommens- und Vermögenssteuern für die Reichen erhöht und ihre Steuerhinterziehungspraktiken bekämpft werden. Nein, die Sozialausgaben, die Bildungsausgaben sollen weiter gekürzt und die öffentlich Bediensteten durch Lohnraub und Entlassungen zur Rückführung der Staatsschulden beitragen, und die indirekten Verbrauchs- und Verkehrssteuern (z.B. die Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer) sollen weiter zu Gunsten der direkten Einkommens-, Gewinn- und Vermögenssteuern steigen. Indirekte Steuern ber-

gen aber immer zwei Probleme: Zum einen weiß man nicht, wer sie wirklich trägt (Problem der Steuerinzidenz) und zum anderen entsteht ein sozialpolitisches Problem durch die Regressivität von indirekten Steuern. Diejenigen mit den niedrigsten Einkommen und in Folge mit den höchsten (niedrigsten) Konsumquoten (Sparquoten) tragen die größten Lasten. Indirekte Steuern sind immer die ungerechtesten Steuern. Aber auch das ist den Neoliberalen egal. Hauptsache, sie können sich weiter bereichern.

Staatsverschuldung reicht den Plutokraten aber nicht

Die Schulden des Staates reichen aber bei weitem nicht, um die mittlerweile akkumulierten Vermögen der Reichen nachzufragen. Ein Blick in die gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung und Finanzierungsrechnung zeigt hierbei, dass die privaten Haushalte (inkl. private Organisationen ohne Erwerbszweck) in Deutschland einen gewaltigen Finanzierungs-



„...sondern die gesellschaftliche Oberschicht.“

überschuss erzielen, d.h. die getätigten Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) kleiner sind als

die realisierten Ersparnisse. So betrug von 1991 bis 2010 der kumulierte Finanzierungsüberschuss (Geldvermögensbildung minus Kreditaufnahme) aller privaten Haushalte 1.986,7 Mrd. Euro. Im Jahresdurchschnitt waren dies 99,3 Mrd. Euro (vgl. Tab.).

Auch die Finanzinstitute (Banken, Versicherungen, Fonds und Deutsche Bundesbank) erzielten im Zeitraum von 1991 bis 2010 einen Vermögenszuwachs von 260,1 Mrd. Euro (jahresdurchschnittlich 13,0 Mrd. Euro). Die

Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften verschuldeten sich dagegen mit 414,9 Mrd. Euro; jahresdurchschnittlich mit 20,7 Mrd. Euro (vgl. Tab.). Dies führt insgesamt zu folgendem Befund: Wenn in einer Volkswirtschaft niemand Schulden macht, kann auch niemand Überschüsse erwirtschaften. Das Defizit des einen ist notwendigerweise der Überschuss des anderen. Insofern bedeutet Staatsverschuldung nichts anderes, als dass andere Teilnehmer des Wirtschaftslebens einen exakt gleich

großen Überschuss besitzen. Die Summe aller Schulden ist immer genauso groß wie die Summe aller Guthaben. Wenn die Schulden wachsen, wachsen die Guthaben im Gleichschritt mit. Dies wird in der heute hysterisch und einseitig geführten öffentlichen Debatte über Staatsverschuldung völlig ausgeblendet. Diejenigen, die eine „Schuldenuhr“ aufstellen, sollten seriöserweise daneben eine „Vermögensuhr“ aufbauen. Sie würden dann feststellen, dass beide Uhren im Gleichtakt laufen.

Staatsverschuldung und Finanzierungsüberschüsse

Jahr	Finanzierungs-saldo des Staates in Mrd. EUR	Finanzierungs-saldo in v.H. des Bruttoinlands produkts	Private Haushalte ¹⁾ in Mrd. EUR	Nichtfinanzielle Kapital-Unternehmen in Mrd. EUR	Finanzinstitute in Mrd. EUR	Ausland in Mrd. EUR
1991	- 43,8	- 2,9	76,4	- 66,9	11,2	23,1
1992	- 40,7	- 2,5	79,0	- 62,9	6,0	18,6
1993	- 50,9	- 3,0	72,5	- 46,1	6,8	17,8
1994	- 40,9	- 2,3	51,8	- 49,5	10,2	28,4
1995	- 59,1	- 3,2	56,8	- 30,2	8,3	12,3
1996	- 62,5	- 3,3	61,7	- 14,8	3,2	8,6
1997	- 50,6	- 2,6	62,8	- 26,8	6,0	13,4
1998	- 42,7	- 2,2	68,0	- 34,0	- 4,7	24,0
1999	- 29,3	- 1,5	69,4	- 70,3	6,2	26,7
2000	27,1 ²⁾	1,3 ²⁾	75,4	- 137,1 ²⁾	8,0	26,7
2001	- 59,6	- 2,8	97,3	- 41,4	2,8	0,9
2002	- 78,3	- 3,7	101,3	3,4	19,6	- 45,9
2003	- 87,2	- 4,0	125,1	- 10,2	17,1	- 44,8
2004	- 83,5	- 3,8	133,4	32,7	23,9	- 106,5
2005	- 74,2	- 3,3	144,7	21,8	24,5	- 116,8
2006	- 37,1	- 1,6	136,8	20,3	33,9	- 153,8
2007 ³⁾	6,3	0,3	136,2	32,3	11,6	- 186,5
2008	2,8	0,1	138,2	4,8	20,8	- 166,6
2009	- 72,7	- 3,0	151,0	26,5	14,8	- 119,7
2010	- 82,0	- 3,5	148,8	33,5	29,9	- 130,2
∑	- 958,9		1.986,7	- 414,9	260,1	- 873,0
JDN	- 47,9		99,3	- 20,7	13,0	- 43,7

JDN = Jahresdurchschnitt,¹⁾ einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck,²⁾ inklusive UMTS-Erlöse,³⁾ Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bruttoinlandsprodukt 2010 für Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 21, Deutsche Bundesbank Finanzierungsrechnung, Datenstand: Oktober 2011, eigene Berechnungen.

Gehaltsklau - Nein danke



Auch das Ausland musste sich in Deutschland verschulden

Zusätzlich zum Staat und den produzierenden Unternehmen musste sich von 1991 bis 2010 auch noch das Ausland bei uns mit 873,0 Mrd. Euro (jahresdurchschnittlich 43,7 Mrd. Euro; vgl. Tab.) verschulden. Die Auslandsverschuldung ist dabei das Spiegelbild der nur schwachen Binnennachfrage in Deutschland und der hohen Leistungsbilanzüberschüsse – die Folge sind Nettokapitalexporte. In den Leistungsbilanzüberschüssen des „Exportweltmeisters“ drückt sich gleichzeitig die immer wieder, von den Arbeitgeberverbänden in Abrede gestellte gute internationale Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft aus. Dies hat aber einen hohen Preis. Die Vorteile kommen zu Lasten der Mehrheit der Menschen in Deutschland nur bei wenigen an. Nicht „wir“ haben über unsere Verhältnisse gelebt, sondern die gesellschaftliche Oberschicht, wobei die gesamte deutsche Volkswirtschaft auf Grund ihrer enorm hohen Leistungsbilanzüberschüsse unter ihren Verhältnissen gelebt hat. Es wurde weniger konsumiert als produziert.

Am Ende reicht aber dennoch die Endnachfrage nicht aus, die noch durch Produktivitätssteigerungen vergrößerte Produktionsmenge – selbst zu konstanten Preisen – zu verkaufen. Hier schlägt dann die einzelwirtschaftliche (kapitalistische) Rationalitätsfalle zu. Was betriebswirtschaftlich geht und aus Unternehmenssicht rational ist, nämlich Profit zu Lasten der Arbeitseinkommen und durch Personalentlassungen zu machen, mündet gesamtwirtschaftlich in der Falle bzw. Krise. Dennoch gibt es auf internationaler Ebene für einzelne Länder (zumindest



Wir sind 99 Prozent (Occupy-Bewegte)

kurz- bis mittelfristig), siehe u.a. Deutschland und China, eine vermeintliche Lösung. Diese liegt „im Verkauf der Waren im Ausland, für die im Inland nicht genügend Nachfrage vorhanden ist. Die Lösung hat eine gewisse Eleganz für sich, denn sie bringt zwei sich im Inland widersprechende Ziele – Kostensenkung

und Nachfragesteigerung – miteinander in Einklang. Produktivitätssteigerungen sowie Abbau von Löhnen und Sozialleistungen führen zu Kostensenkungen und potentieller Erhöhung der Profitspannen. Der durch die gleichen Maßnahmen bewirkte Ausfall an inländischer Endnachfrage wird durch die



Eine weitere Spaltung von Reich und Arm? Schluss mit lustig!

zusätzliche Auslandsnachfrage ausgeglichen. Das führt dazu, daß die durch die Kostensenkungen möglich gewordenen Profite auch tatsächlich erzielt werden. Der Doppelcharakter der Löhne als Kostenfaktor (der möglichst gering gehalten werden muß) und als wichtigstes Nachfrageaggregat (das möglichst groß sein soll) wird aufgelöst. Für das exportierende Unternehmen sind Löhne nur noch Kosten, die mit allen Mitteln zu drücken sind“. Langfristig, und auch für alle Länder, ist dies natürlich keine Lösung. Die Exportüberschüsse der einen sind eben die Defizite der anderen Länder, die sich so womöglich hoch verschulden müssen und am Ende nicht mehr Zahlungsfähig sind – wie die Griechenlandkrise zeigt.

Alternativen sind überfällig

Mittel- und langfristig muss es zu einer ganz anderen Ausrichtung von Wirtschaft insgesamt

kommen. Günter Grass (2011) stellt dabei sogar die *Systemfrage*, wenn er schreibt: „Das Auseinanderdriften in eine Klassengesellschaft mit verarmender Mehrheit und sich absondernder Oberschicht, der Schuldenberg, dessen Gipfel mittlerweile von einer Wolke aus Nullen verhüllt ist, die Unfähigkeit und dargestellte Ohnmacht freigewählter Parlamentarier gegenüber der geballten Macht der Interessenverbände und nicht zuletzt der Würdegriff der Banken machen aus meiner Sicht die Notwendigkeit vordringlich, etwas bislang Unausprechliches zu tun, nämlich die Systemfrage zu stellen.“ Was auf jeden Fall not tut, ist ein *starker Staat*, eine dezidiert aktive und in der EU abgestimmte Wirtschaftspolitik, die mit dem unheilvollen neoliberalen System endgültig Schluss macht und außerdem auf eine *Demokratisierung der Wirtschaft* setzt. Die *Finanzmärkte* sind wieder

staatlich zu kontrollieren, die *privaten Ratingagenturen* zu verbieten und die *systemrelevanten Banken* zu vergesellschaften. Außerdem muss es zu einer völlig anderen *Steuerpolitik* kommen, die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in einem steuerpolitischen Konzept entwickelt worden ist und drei richtige Ziele verfolgt: 1. Realisierung steuerlicher Mehreinnahmen, um dringend notwendige Ausgabensteigerungen (nicht nur für Bildung) finanzieren zu können. 2. Durchschnittsverdiener sollen entlastet werden und 3. Bezieher hoher Einkommen und Vermögende sollen mehr zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen. Kommt es zu all dem nicht, ist weiter von einer zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich auszugehen. Dies wäre katastrophal.

HEINZ J. BONTRUP

